

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration -

## Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 19.06.2007

Vorlage Nr. 07-F-01-0068

### Öffentliche Bedürfnisanstalten

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2007 -

Mit der Begründung notwendiger Haushaltseinsparungen wurde in der jüngeren Vergangenheit eine Reihe öffentlicher Bedürfnisanstalten geschlossen. Beispielsweise existiert – vom Hans-Römer-Platz am Schiersteiner Hafen einmal abgesehen – an der gesamten 'Rheinfront' keine einzige öffentliche Toilette. Aber auch im Innenstadtbereich ist die diesbezügliche Ausstattung dürftig.

Die Folgen sind am 02.06.2007 im WIESBADENER KURIER eindrucksvoll beschrieben worden – verstärkter Druck auf die Toiletten der privaten Gastronomie, besonders ausgeprägt bei Festlichkeiten (von unerwünschtem Fehlverhalten in Unterführungen, in stillen Ecken, hinter Büschen der Parkanlagen etc. ganz zu schweigen).

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den für die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger unzumutbaren Mangel an öffentlichen Bedürfnisanstalten durch die hinreichende Ausstattung des Stadtgebietes mit modernen öffentlichen Münztoiletten zu beseitigen.

### Begründung:

Sechs öffentliche Bedürfnisanstalten sind für eine Stadt mit rund 270 000 Einwohnern und großer Flächenausdehnung erheblich zu wenig. Es zeigt, mit welchem Rigorismus in Wiesbaden mit einem menschlichen Grundbedürfnis, das alle betrifft, umgegangen wird. Dieser unwürdige Zustand muss schnellstens beendet werden.

## Beschluss Nr. 0055

1. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2007 betr.

Öffentliche Bedürfnisanstalt

wird abgelehnt.

- 2. Folgender in der Sitzung formulierte gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird angenommen:
  - Der Ausschuss bittet den Magistrat, einen Bericht über die Situation über die derzeit öffentlich zugänglichen Toiletten zu geben.
  - Insbesondere wird der Magistrat gebeten zu berichten, welche Modelle zur Verfügung stehen und welche Kosten die verschiedenen Modelle/Varianten entstehen.

# - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0055 vom 19.06.2007

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2007

Spruch Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2007

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat - 16 - Wiesbaden, .06.2007

Dezernat IV mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl

Oberbürgermeister